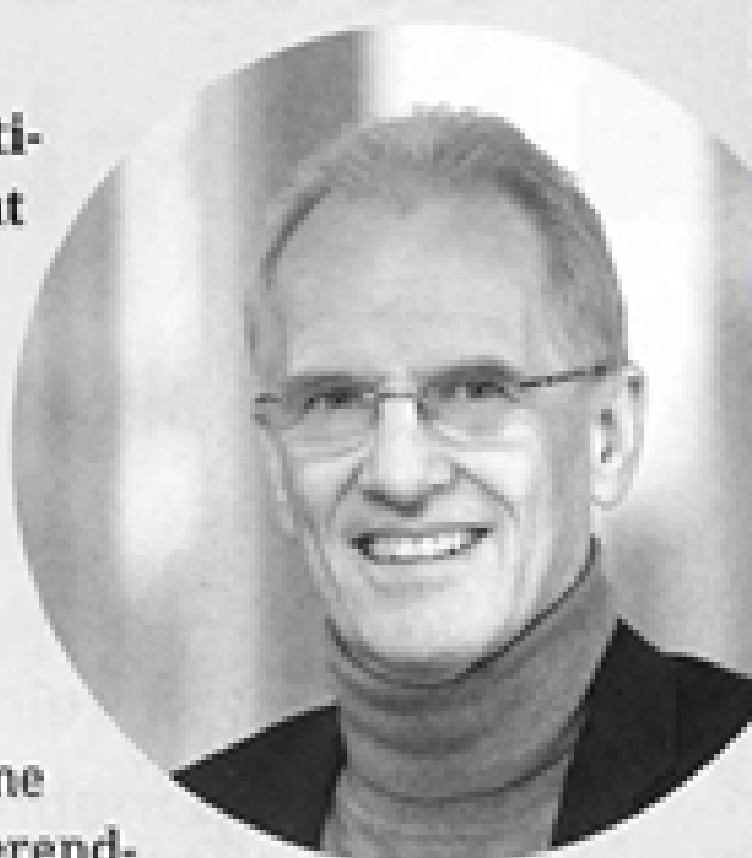


Wettbewerbsfähige Industrie sichern

Kaum ist eine sicherheitspolitische Abstimmung durch, steht die nächste schon vor der Tür: Am 29. November 2026 hat das Stimmvolk über die Revision des Kriegsmaterialgesetzes zu befinden.



Hiergegen wurde von den Linken und der «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» das Referendum ergriffen. Es handelt sich um eine Revision, die einen erleichterten Export von Gütern zulässt, aber weiterhin klare Einschränkungen und Kontrollen vorsieht.

Diese Revision wurde nötig, weil unsere Güter – trotz höchster Qualität – international immer weniger nachgefragt werden. Wer bestellt schon ein Top-Gerät, für das in «schwierigen Zeiten» kein Nachschub oder keine Ersatzteile mehr zur Verfügung stehen?

Supply-Chain-Risiken

Das Neutralitätsrecht untersagt neutralen Staaten, Kriegsmaterial-Lieferungen an kriegführende Länder zu tätigen. Unsere heutige Gesetzgebung verlangt dies auch von privaten Unternehmen. Im Wissen um das Supply-Chain-Risiko verzichten deshalb immer mehr Länder auf die Beschaffung von Schweizer Rüstungs- und Dual-Use-Gütern.

Erhaltung von Arbeitsplätzen

Dies führt dazu, dass unsere Unternehmen ihre Produkte vermehrt im Ausland herstellen, Arbeitsplätze bei uns verloren gehen und die «industrielle Basis» zugunsten der Schweizer Armee geschwächt wird. Eine solche Basis ist aber nötig, um zur Kriegsverhinderung beitragen und notfalls unser Land und unsere Bevölkerung verteidigen zu können.

Zeitgemässe Gesetzesrevision

Es macht deshalb Sinn, das Gesetz zeitgemäss anzupassen und gewisse Exporte mit gezielten Kontrollen wieder zuzulassen. Dies ist im Sinne unserer Verteidigungsfähigkeit und im Sinne der Erhaltung wertvoller, industrieller Arbeitsplätze. Ein verantwortungsvolles «Ja» zu einer sanften Revision des Kriegsmaterialgesetzes ist somit angesagt.

Dr. rer. publ. HSG Sven Bradke
Wirtschafts- und Kommunikationsberater,
Geschäftsführer Mediapolis AG in St.Gallen